

## **Lehrer/innenbildung in Baden-Württemberg**

Die Lehrer/innenbildung in Baden-Württemberg steht seit langem in der Kritik. Immer wieder ist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern Sonderwege gegangen, die sich nicht als „Königswege“ herausgestellt haben. Im Moment hält die baden-württembergische Landesregierung am Staatsexamen fest, obwohl fast alle Bundesländer auf Bachelor/Master-Abschlüsse umgestellt haben.

Die Lehrer/innenbildung in Baden-Württemberg leidet unter verschiedenen Problemen. An erster Stelle ist hier die Trennung der Ausbildungsstätten zu nennen. Das Studium der künftigen Lehrer/innen für Gymnasien und berufliche Schulen findet an den Universitäten statt. Diese Studiengänge werden von den Fachwissenschaften dominiert. Stärker auf das spätere Berufsfeld bezogene Anteile aus den Bereichen Erziehungswissenschaft, Pädagogische Psychologie, Fachdidaktiken und praktische Erfahrungen spielen nur eine marginale und unbefriedigende Rolle. Daran hat auch die Einführung des Praxissemesters und die vorgenommene Modularisierung der Studiengänge nichts geändert.

Die künftigen Lehrer/innen für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen studieren an den Pädagogischen Hochschulen des Landes. Diese Hochschulen leiden unter einer chronischen Unterversorgung mit Stellen und Mitteln, was zu Überlastung und zu einer mangelhaft ausgeprägten Forschungsarbeit führt. Die Studierenden an der Pädagogischen Hochschulen sind so von wissenschaftlichen Entwicklungen abgekoppelt und der Austausch zwischen Studierenden und Lehrenden der beiden Hochschularten wird extrem erschwert.

Hinzu kommt, dass die Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen ihr Studium in kurzer Zeit und mit zu vielen Studienbereichen absolvieren müssen. Diesen Missstand behebt die Verlängerung der Regelstudienzeit für das Grundschullehramt von sechs auf acht und für das Haupt-/Realschullehramt von sieben auf acht Semester nicht. Die GEW Baden-Württemberg hat über viele Jahre hinweg für eine Verlängerung der Regelstudienzeiten gekämpft. Sie begrüßt die vorgenommene Verlängerung ausdrücklich, auch wenn das Ziel nach wie vor ein zehensemestriges Studium für alle Lehramtsstudiengänge sein muss. Andere Bundesländer sind hier bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, Baden-Württemberg darf nicht den Anschluss verpassen.

## **Der Beruf Lehrer/lin benötigt einen neuen Bezugsrahmen**

Die Vorbereitung der Schüler/innen auf „das Leben“ kann von der Schule nicht mehr als „Zuweisung an den rechten Platz“ verstanden werden. Dieser Zuweisungsgedanke in eine ständisch geprägte Gesellschaft ist die Leitidee des gegliederten Schulsystems. Es geht von überkommenen Begabungsmodellen aus, die der Heterogenität und den Entwicklungsmöglichkeiten der Schüler/innen nicht gerecht werden. An die Stelle dieser überholten Ideologie setzt die GEW die Forderung nach einem moderneren Bezugsrahmen für Lehrer/innen, an dem sich die Reform der Ausbildung junger Lehrer/innen orientieren muss. Für die GEW ist die „Schule für alle“ ein zentraler Ausgangspunkt für die Überlegungen zur künftigen Lehrer/innenbildung.

Junge Lehrer/innen müssen darauf vorbereitet werden, die Schule als demokratischen Ort des Lehrens und Lernens für Schüler/innen und Lehrer/innen zu etablieren.

Lehrer/innen sind Fachleute für das Lernen. Für ihre erfolgreiche Arbeit sind ein ausreichendes fachwissenschaftliches Niveau und pädagogisches Können notwendige Voraussetzungen. Deshalb muss die Lehrer/innenbildung für alle Schularten Studienanteile aus den Bereichen Erziehungswissenschaften, Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Schulpraxis sowie Angebote zum Erwerb personaler Kompetenzen enthalten.

Die Vorbereitung junger Lehrer/innen auf neue Berufsaufgaben wie z.B. die Ausgestaltung des Bildungsplans, die Entwicklung schulischer Curricula, die Evaluation und die Schulentwicklung muss zum integralen Teil der Lehrer/innenbildung gemacht werden. Damit einher geht die Erweiterung des professionellen Selbstverständnisses. Zum „Berufsbild Lehrer/in“ gehört mehr als das Halten von Fachunterricht.

## **Die Struktur der Lehrer/innenbildung**

Notwendig ist eine Horizontalisierung der Studiengänge, das heißt der Definition der gemeinsamen und differenten Professionskerne bei den unterschiedlichen Lehrämtern. Die Lehrer/innenbildung darf sich nicht am gegliederten Schulsystem, sondern muss sich an den pädagogischen Herausforderungen innerhalb der Schulen orientieren. Außerdem muss die frühkindliche Bildung in ein Gesamtkonzept der Lehrer/innenbildung eingebunden werden.

Außerdem bedarf es einer Vertikalisierung, also einer berufswissenschaftlich durchgängigen und nachhaltigen Kultivierung der professionellen Kompetenzen. Durch alle Phasen hindurch sollte die Ausbildung am Leitbild orientiert, akkreditiert und evaluiert werden.

Die Lehrer/innenbildung sollte von vier Säulen getragen werden:

- Erziehungswissenschaft (incl. Begleitwissenschaften sowie Angebote zum Erwerb personaler Kompetenzen),
- Fachdidaktiken,
- Fachwissenschaften und
- Erfahrungen im Praxisfeld Schule.

Die II. Phase (Referendariat) der Lehrer/innenbildung muss intensiv mit der I. Phase (Studium) vernetzt werden. Praxis und Theorie müssen in beiden Phasen ihren Platz finden und wechselseitig aufeinander verweisen. Die Stärke der II. Phase liegt im Praxisbezug der allgemeinen Didaktik und der Fachdidaktiken. Ausbildungsziel muss es sein, tragfähige - im Sinne einer wissenschaftlichen Ausbildung jedoch reflektierte, revisionsfähige und erweiterbare - Routinen aufzubauen.

Eine nachhaltige und kohärente Lehrer/innenbildung erfordert die Vernetzung aller Institutionen der I, II, und III. Phase, wobei der Fortbildung wesentlich mehr Gewicht zukommen muss als bisher. Dafür müssen die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies beinhaltet auch die Ausstattung der Ausbildungsseminare mit ausreichend Personalressourcen und eine bessere Entlastungsregelung für die Mentoren/innen und Ausbildungslehrer/innen.

Der Start in den Beruf nach der II. Phase stellt für junge Lehrer/innen eine erhebliche Belastung dar. Der Berufseinstieg muss deshalb als eine Phase der Qualifikation ausgestaltet werden. Die derzeitige Zuweisungspraxis an Schulen richtet sich vor allem nach quantitativen Bedürfnissen. Darüber hinaus muss auch auf die Bedürfnisse der jungen Lehrer/innen Rücksicht genommen werden. Sie brauchen in den ersten Jahren im Beruf spezifische Unterstützungssysteme. Allen Beteiligten muss klar sein, dass das Ablegen des 2. Staatsexamens nicht das Ende der Qualifizierung der Lehrer/innen bedeutet.

### ***Ein höherer Stellenwert für das Lernen im Beruf***

Verpflichtende Fortbildungen ohne ausreichende Wahloptionen sehen wir kritisch. Sie unterstellen, dass bei Lehrer/innen eine grundsätzliche Unwilligkeit zur Fortbildung besteht und ignorieren das Problem der Qualität bestehender Fortbildungen. Erfolg versprechender scheint uns zu sein, ein breites Wahlpflichtangebot an Fortbildungsmaßnahmen zu schaffen und Fortbildungen als Voraussetzung für die Übernahme bestimmter (attraktiver) Aufgaben und Positionen in der Schule zu koppeln. Fortbildung wäre dann ein Anreiz für ein interessanteres Tä-

tigkeitsfeld. Notwendig sind dafür die Zertifizierung von Fortbildungen und ein systematisches Feedback zur Qualität von Seiten der Abnehmer/innen.

Es muss eine stärkere Nachfrageorientierung stattfinden und geprüft werden, ob die Nachfrage zu den Anforderungen passt. Die Fortbildung bedarf einer Rahmung, die ihr den Anschein der Beliebigkeit nimmt.

In jeder Berufsphase muss das Thema „Eignung für den Beruf“ eine wichtige Rolle spielen, denn Fortbildung darf nicht zum Selbstzweck werden. Das Berufsbild des Lehrers sollte in der Weise geöffnet werden, dass der Übergang in andere Tätigkeiten erleichtert und normaler wird. Dementsprechend muss auch die Übernahme von Funktionen auf Zeit ermöglicht werden.

### ***Neue Fragestellungen fordern neue Inhalte und Strukturen der Lehrer/innenbildung***

Internationale und nationale Schulleistungsvergleiche wie PISA oder IGLU sind inzwischen zu einer eigenen bildungspolitischen Instanz geworden. An zwei zentralen Erkenntnissen kann nicht vorbei gegangen werden: An dem im internationalen Vergleich großen Rückstand der deutschen Schüler/innen bei den getesteten Grundbildungskompetenzen und am skandalösen Zusammenhang von Bildungszugang, Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Mit PISA wurde die völlig festgefahrene Schulstrukturdebatte neu belebt. Denn der Blick über den nationalen Zaun zeigt: Längeres gemeinsames Lernen ist außerhalb des deutschsprachigen Raums der erfolgreiche Normalfall. Die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen auch, dass die im gegliederten Schulsystem angestrebte Homogenisierung der Schüler/innen nicht gelingt. Sie ist aus lerntheoretischer Sicht auch nicht hilfreich. Vielmehr stellt die Vorbereitung auf eine erfolgreiche Arbeit heterogenen Lerngruppen eine zentrale Aufgabe für die Lehrer/innenbildung dar. Dies gilt insbesondere auch für die Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund. Schon vor Bekanntgabe der ersten PISA-Ergebnisse wurden Elemente der so genannten „Neuen Steuerung“ im Schul- und Bildungswesen eingeführt. In Baden-Württemberg ist dabei die Output-Orientierung eine zentrale Leitlinie. Die Idee dahinter ist, das Schulwesen weniger durch „Input“, also Sachmittel- und Personalzuweisungen, detaillierte Lehrpläne u.a. zu steuern, sondern Ziele zu formulieren, die von den Schulen erreicht werden müssen. In Baden-Württemberg wurde dieses Konzept durch die Einführung von Bildungsstandards, größeren Gestaltungsräumen und der Einführung eines Evaluationskonzepts an Schulen umgesetzt. Wie Schulen die Ziele realisieren, obliegt ihrem Gestaltungsspielraum. Alle Lehrer/innen müssen deshalb künftig in der Lage sein, „ihre“ Schule innovativ zu verändern. Auch dafür

muss ihnen der Erwerb personaler Kompetenzen (z.B. Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit) ermöglicht werden.

Auf der Ebene der einzelnen Schule sind neue Aufgaben zu bewältigen, die neue Kompetenzen erfordern. Für deren Erwerb reicht eine einfache Anpassung der Lehrer/innenbildung nicht aus. Die Ausbildung junger Lehrer/innen muss ihnen neben den notwendigen Inhalten und Kompetenzen ein neues, erweitertes Verständnis ihrer künftigen Arbeit als Lehrer/in vermitteln.

Stuttgart Oktober 2010